

Arbeiterproteste gegen die Wirtschaftsreformen der 1960-er Jahre in Ostdeutschland und in Ungarn¹

Working-class protests against the economic reforms of the 1960s in the GDR and Hungary

Dr. habil. Eszter BARTHA PhD.

Abstract

Der Artikel befasst sich mit der Frage von Reaktion der Arbeiter in der DDR und in Ungarn auf die Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre, also in der Zeit, als die kommunistische Leitung in beiden Ländern eine Politik eingeführt hatte, die zum höheren Konsum und größerer Verbraucherbefriedigung führen sollte. Diese Frage wird aufgrund von Fallstudien zu zwei Unternehmen behandelt: der Carl Zeiss Fabrik Jena in der DDR und der Rába in ungarischem Győr.

Das wichtigste gemeinsame Merkmal der beiden Fallstudien ist, dass die Zeit der Wirtschaftsreform den festgesetzten politischen Konsensus gestört hatte, wobei sogar innerhalb der Partei nach Alternativen gesucht wurde. Bestandteil dieses politischen Kampfes war Erweiterung des sozialen Dialogs der Partei mit der Arbeiterklasse. In Bezug auf Art und Inhalt der Wirtschaftsreformkritik auf der Seite von Mitgliedern der Arbeiterklasse wird auf drei grundlegende Ähnlichkeiten hingewiesen. Zum ersten reagierte die Arbeiterklasse weitgehend auf den Dialog, den die Partei eröffnet hatte: Während der Reformzeit nahmen Arbeiter die Partei als Gesprächspartner und angesehenen politischen Akteur wahr. Dabei ist wichtig zu betonen, dass Arbeiter aus öffentlichen Stellen recht offene und scharfe Kritik an der Wirtschaftsreform ausgesprochen hatten, die in beiden Ländern von der Partei reflektiert wurde. Dies zeigt deutlich, dass die Regierung in der Reformzeit Rücksicht auf das soziale „Feedback“ genommen und die Partei ein ernsthaftes Interesse am sozialen Dialog mit der Arbeiterklasse gehabt hatte.

Das zweite gemeinsame Merkmal stellt die Tatsache dar, dass sich die Arbeiter nicht nur mit jenen sozialen Folgen der Wirtschaftsreform befassten, die sie als schädlich für die Arbeiterklasse empfanden (zunehmende Ungleichheit zwischen Belohnung der Führungskräfte

¹ Die Forschungsarbeiten wurden im Rahmen des Projektes von NKFI-OTKA K 120010 *Eine Metamorphose der industriellen Arbeiterschaft: Die gesellschaftlich-politische Gliederung der Facharbeiterschicht nach 1990 in Deutschland und in Ungarn* von Eszter Bartha durchgeführt.

und der Arbeiter), sondern auch auf die bestehenden Widersprüche des sozialistischen Systems hinwiesen. Diese Kritik war jedoch eine, im Grundsatz genommen, linke Kritik am real existierenden Sozialismus. Dabei zielten die Kritiker auf Reform des sozialistischen Systems und nicht auf Wiederherstellung des Kapitalismus. Wie in diesem Artikel dokumentiert wird, kritisierten Arbeiter in beiden Ländern ungerechte Managementprivilegien sowie wachsende soziale und materielle Ungleichheit, was aber kaum als Sehnsucht nach Einführung vom Kapitalismus interpretiert werden kann, der nicht geringere, sondern eher größere Ungleichheit mit sich hätte bringen sollen. Aus den dokumentierten Belegen von Kritik der Arbeiterklasse lässt sich eher erschließen, dass die Arbeiter zu jener Zeit einer demokratischen Reform des Sozialismus geneigt waren.

Zum Dritten werden die wichtigsten gemeinsamen Elemente von Kritik der Arbeiterklasse an der Reform in beiden Ländern aufgezählt. Sowohl in der DDR als auch in Ungarn kamen unter den Arbeitern antireformistische Einstellungen zum Ausdruck. DDR-Arbeiter protestierten gegen die wirtschaftlichen Anreize, die ihre durchschnittlichen Einkommen gesenkt hatten. Sie beklagten sich gleichzeitig auch darüber, dass andere soziale Schichten (Intellektuelle, Manager, Selbständige) im Sozialismus besser lebten als die Arbeiter. In Ungarn tritt man sogar noch heftiger gegen die Reform auf, die in den Augen der Arbeiter nur den Managern und den „Bauern“ genützt hätte. Abgesehen von dieser Kritik äußerten sich die Arbeiter in beiden Ländern zur Formalität der Unternehmensdemokratie und der tatsächlichen Machtlosigkeit der Arbeiterklasse in den staatlichen Fabriken. Die Behauptung, dass „Beamte und Staatsführer bei diesen Treffen nur reden, Arbeiter jedoch kommen nie ans Wort“, weist darauf hin, dass die DDR-Arbeiter das Fehlen von Kontrolle der Fabriken durch die Arbeiter ebenso kritisch wahrnahmen wie die ungarischen.

Schlüsselwörter

Wirtschaftsreformen, 1960er Jahre, DDR, Ungarn, Fallstudien Fabriken, real existierender Sozialismus, Wohlfahrtsdiktatur, Kritik der Arbeiterklasse

Abstract

The article seeks to interrogate the question of how workers in the GDR and Hungary responded to the economic reforms of the 1960s, when the Communist leadership in both countries sought to implement a policy, which would lead to higher levels of consumption and consumer satisfaction. I chose two factory case studies to answer this question: the case of Carl Zeiss Jena in the GDR and the Hungarian Rába in Győr.

The most important common characteristic of the two case studies is that the period of economic reform spoilt the established political consensus and even within the party there was a search for alternatives. As part of this political struggle, the party widened the social dialogue with the working class. Concerning the nature and content of working-class criticism of the economic reform, I single out three main similarities. Firstly, the working class widely responded to the dialogue that the party initiated: in the reform era workers accepted the party as a conversation partner and a respected political actor. It is important

to stress that workers voiced remarkably open and harsh criticisms of the economic reform, which was implemented by the party in both countries, at public forums. This clearly shows that in the reform era the government took the social 'feedback' into consideration and the party took a sincere interest in the social dialogue with the working class.

The second common characteristic is the fact that workers addressed not only the social consequences of the economic reform that they held to be harmful for the working class (increasing inequalities between managerial and working-class wages) but also the existing contradictions of the socialist system. This criticism was, however, an essentially left-wing criticism of actually existing socialism; the purpose of the critics was the reform of a socialist system and not the restoration of capitalism. As I document in the article, workers in both countries criticized unjust managerial privileges and increasing social and material inequalities, which we can hardly interpret as longing for a capitalist regime, which produces not less but more inequalities. The documented working-class criticisms rather lead us to conclude that in this era workers were open to a democratic reform of socialism. Thirdly, I list the most important common elements of the working-class criticism of the reform in the two countries. In both cases anti-reformist attitudes were manifest in working-class communities. East German workers protested against the economic incentives, which decreased average working-class wages; at the same time they also complained that other social strata (intellectuals, managers, self-employed) lived better under socialism than the working class. The Hungarian workers even more vehemently opposed the reform, which in their eyes benefited only the managers and the 'peasants'. Apart from this criticism, however, workers in both countries spoke of the formality of enterprise democracy and the actual powerlessness of the working class in the state-owned factories. The statement that 'at these meetings officials and the state leaders speak only, workers never make any comments' indicates that the East German workers were as much critical of the missing working-class control of the factories as the Hungarians.

Keywords

economic reforms, 1960s, GDR, Hungary, factory case studies, actually existing socialism, welfare dictatorship, working-class criticism

Vom Stalinismus bis zur „Wohlstandsdiktatur“

Während es für die Generationen, die ihre Schuljahre vor 1989 und 1991 begannen, eine Selbstverständlichkeit war, dass die Staatspartei – im Einklang mit ihrer Selbstdefinition² – die Macht im Namen der vermeintlich einheitlichen, und durch ein revolutionäres Bewusstsein geprägten Arbeiterklasse ausübte, gibt es für die Generationen, die nach der Wende geboren sind, solche Selbstverständlichkeiten nicht mehr. Die einst allgemein bekannte,

² Zumindest verstehe ich darunter die an die Öffentlichkeit kommunizierte Selbstdefinition.

sozusagen klischeehaft eingehämmerte Ideologie geriet mitsamt dem Vulgärmarxismus in Vergessenheit, und gerade wegen der einst dominanten Rolle der revolutionären Narrative in Ungarn aber auch in anderen sozialistischen Staaten musste man mehr als zwei Jahrzehnte darauf warten, bis sich die Wissenschaft wieder der Arbeiterschaft zugewandt hat.³ Zwei Grundthesen der Ideologie der staatssozialistischen Zeit können wir bereits widerlegen. Die Arbeiterschaft war bei weitem nicht einheitlich – in Ungarn ging es traditionsbedingt um eine außerordentlich heterogene und gegliederte Gruppe. Und was das „revolutionäre Bewusstsein“ anbelangt, war es von Zeit zu Zeit und von Land zu Land unterschiedlich. Aber eins steht fest: die Arbeiterschaft wollte zwar den Kapitalismus noch lange nicht „wiederherstellen“⁴, aber die Arbeiterproteste – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und Stärke – bedeuteten einen Protest gegen die Politik der Staatspartei.

Als Antwort auf die Repressionspolitik und das Bestreben der stalinistischen Politik, „die sozialistische Arbeiterklasse“ nach ihrer eigenen Vorstellung auszurichten, wählten die Arbeiter in den 1950-er Jahren eine aggressive Form des Protestierens. In Ostdeutschland und in Polen kam es zu ernsthaften Krawallen. Dass sich der Aufruhr am 17. Juni 1953 in Berlin stark in der öffentlichen Erinnerung einprägte, zeigt auch ein Bericht aus dem Jahr 1972, laut dessen die Arbeiter eines Eisenwerkes in Silbitz damit drohten, den Leitern jenen besonderen Tag in die Erinnerung zu bringen, wenn die in Aussicht gestellten Prämien nicht ausgezahlt werden. Außerdem haben sie es auch deklariert, dass sie keine Angst vor der Stasi haben.⁵ Das könnte ein „Musterbeispiel“ für das revolutionäre Arbeiterbewusstsein sein – wenn auch nicht in dem Sinne, wie es die Partei gemeint hatte.

Wenn wir schon bei den '50-er Jahren sind, können wir die ungarische Revolution von 1956 nicht unberücksichtigt lassen, die in ihrem Ausmaß und in ihrer Bedeutung die ernsthafteste „Botschaft der Arbeiter“ an die Partei war, denn ein großer Teil der kämpfenden Massen bestand aus äußerst verbitterten jungen Arbeitern.⁶ Mark Pittaway,

3 Zur Historiographie dieser Zeit siehe noch: VALUCH, Tibor: A jelenkori munkástörténet Kelet-Közép-Európában – historiográfiai közelítések, in: *Múltunk*, 62, 2017, 2, 4–24; BARTHA, Eszter: A munkástörténet új perspektívái, in: *Egy másik Kelet-Európa: Munkás-és társadalomtörténeti tanulmányok Mark Pittaway emlékére*, BARTHA, Eszter – BEZSENYI, Tamás (Hgg.), Budapest 2017, 7–28. Hier kann ich auf die politischen Zusammenhänge der Geschichtsschreibung nicht eingehen, es soll nur erwähnt werden, dass die systemkritische Schule um die Zeitschrift *Eszmélet* herum für das Fortbestehen des theoretischen Konzepts der sich nach der Wende marginalisierenden Arbeiterselbstverwaltung gesorgt hat. In der ungarischen Gesellschaftsgeschichte hat Tibor Valuch viel dafür getan, dieses Thema wieder aufzugreifen und in der Nachwendezeit zum Gegenstand der Wissenschaft zu machen. Siehe den von Valuch redigierten thematischen Block der Zeitschrift *Korall* (Munkáslét a 20. századi Magyarországon), und seinen einführenden Aufsatz: VALUCH, Tibor: Munkás – társadalom – történet. Közelítések és fogalmi kérdések, in: *Korall*, 13, 2012, 49, 5–16. Diese Arbeit muss im Zusammenhang mit der neuen Arbeiterforschung unbedingt erwähnt werden. Zur Fachliteratur des Themas siehe noch: *Intersections: East European Journal of Society and Politics* Nr 1 vom Jg 2, (Towards a New Labour History: Eastern European Perspectives).

4 Vgl. BARTHA, Eszter: *Alienating Labour: Workers on the Road from Socialism to Capitalism in East Germany and Hungary*, Oxford – New York 2013. (Series: International Studies in Social History).

5 Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt (im Weiteren ThStA), Bezirksparteiarchiv der SED Gera, IV C-2/6/441. Information über die Arbeiteraussprache in der Dreherei im Stahlwerk Silbitz am 12. 6. 1972, 209.

6 Vgl. PITTAWAY, Mark: *The workers' state: industrial labor and the making of socialist Hungary, 1944–1958*, Pittsburgh 2012; RAINER, János M. – VALUCH, Tibor (Hgg.): *Munkások '56. Évkönyv XXII.*, Budapest 2017.

der tragisch früh verstorbene englische Historiker der Arbeiter schrieb in diesem Thema ein bahnbrechendes Buch, in dem er auf drei verschiedene Arbeitergemeinschaften fokussierte. Bei seinen Forschungen griff er auch die Gedanken von Rézler Gyula⁷, dem Gründer des Geschichteschreibens der ungarischen Revolution auf. Pittaway untersucht drei verschiedene Arbeitergemeinschaften. Die eine ist die Arbeitergemeinschaft von der Stadt Újpest, die andere vom Komitat Zala und die dritte von der Stadt Tatabánya, und an ihrem Beispiel ermittelt er, wie die Arbeiter das Kriegsende, den Einmarsch der sowjetischen Truppen, die als „Volkdemokratie“ bezeichnete Zeit, und dann später den Ausbau der stalinistischen Diktatur, des Einparteiensystems und des Personenkults erlebten, und er sucht die Antwort auf die Frage, aus welchen Gründen sich auch diejenigen Arbeiter gegen die kommunistische Macht wendeten, die ursprünglich mit den Arbeiterparteien sympathisierten. Von den drei untersuchten Gemeinschaften zählt die von Újpest zu den Gemeinschaften, die der Sozialdemokratie politisch am nächsten stehen. Die Arbeiter des Komitats Zala lebten in Dörfern, und ihre Denkweise wurde eher von der Kirche und vom Glauben bestimmt, und von der Gemeinschaft von Tatabánya können wir getrost behaupten, dass sie am radikalsten waren, denn sie waren offen sowohl für die linksextremistische als auch für die rechtsextremistische Ideologie. Die Unterstützung der Kommunisten war in den drei Gemeinschaften unterschiedlich, aber schließlich konnten alle der Gemeinschaften gegen das Regime gestimmt werden, was später zum Ausbruch der Revolution und zum bewaffneten Widerstand führte.⁸ Es ist eine grundlegende These von Mark Pittaway, dass die zentrale Rolle der staatlichen Aggression und der Repression geradezu ein Beweis für die Schwäche und nicht für die Stärke der Staatsmacht ist. So ist auch der auf Stalin zurückgehende Versuch, den neuen sozialistischen Arbeiter zu kreieren, gescheitert, denn der Widerstand von unten war so stark.⁹ Das Versagen des Versuchs war deutlich zu sehen, als sich Massen von Arbeitern und Jungarbeitern der Revolution 1956 angeschlossen haben, aber die die Qualifikations- und Geschlechterhierarchie vom Grunde aufwühlende Macht musste auch schon früher gewisse Zugeständnisse machen, weil die Spannung (auch) in den untersuchten Arbeitergemeinschaften dem Platzen, genauer formuliert der gesellschaftlichen Explosion nahe war.

Nach der Machtergreifung von Kádár musste man zunächst die revolutionär gestimmten Arbeitermassen „pazifizieren“. Ein Mittel dafür war die Erarbeitung der als Wohlstandspolitik bekannt gewordene Arbeiterpolitik: die Erhöhung der Löhne, die Politik der Arbeiterwohnungen, die Förderung der Arbeiterkultur und Arbeiterbildung, die Ausbildung von neuen Arbeiterleitern usw., das heißt lauter Begünstigungen, mit deren Hilfe die Macht den Arbeitern deutlich und überzeugend demonstrieren konnte, dass sie in der Tat ihre Interessen vertritt.¹⁰ All das war nach den Schrecken, der Elend und dem ungezügelter Terror der stalinistischen Zeit für viele tatsächlich greifbar und überzeugend.

7 RÉZLER, Gyula: *A magyar nagyipari munkásosztály kialakulása 1867–1914*, Budapest 1938.

8 PITTAWAY, 202–229.

9 Ebenda, 115–143.

10 Zur ungarischen Arbeiterpolitik siehe noch: FÖLDES, György: *A Kádár-rendszer és a munkásság*, in: *Eszmélet*, 5, 1993, 18–19, 53–73.

Zu Kádárs Glück war diese Politik mit den Vorstellungen von Chruschtschow über einen „belebbareren“ Kommunismus vereinbar, dessen Vorteile ich oben geschildert habe. Aus dem Aspekt des kalten Krieges und der Sowjetunion hatte dieses Bestreben auch noch eine andere Dimension. Der amerikanische Soziologe David Riesman veröffentlichte im Jahr 1951 einen fiktiven Bericht mit dem Titel *The Nylon War* von einer Bombenangriffsserie, bei der die USA die Sowjetunion nicht mit Bomben, sondern mit beneideten Konsumgütern des amerikanischen Lebensstils überflutet hat. Die politischen Gründe dafür erläuterte Rieman wie folgt: „Heute, den 1-ten August 1951 ist es drei Monate her, dass der Nylonstrumpfhosenkrieg angefangen hat. [...] Dem am 1-ten Juni gestarteten Bombenangriff gingen langjährige heimliche Vorbereitungen und eine verblüffend einfache Idee voran: wenn die Russen eine Kostprobe von den amerikanischen Gütern bekommen, werden sie nicht länger dulden, dass ihre Herren ihnen anstatt von Staubsaugern und Schönheitssalonen nur Tanker und Spionen gewähren können. Dadurch werden die russischen Leiter dazu gezwungen, auch selbst auf die Herstellung von Konsumgütern umzusteigen, sonst müssen sie sich bald mit massenhafter Unzufriedenheit auseinandersetzen“.¹¹

Die Vision von Riesman erwies sich als prophetisch. Das „Schmelzen“ unter Chruschtschow bedeutete nämlich nicht nur eine politische Entspannung: er selbst wollte seinem Volk einen „belebbareren“ Sozialismus schenken, und im Zeichen dessen verkündete er anstatt der stalinistischen Politik der forcierten industriellen Entwicklung und der alles durchdringenden Repression eine andere Politik, deren Ziel es war, den amerikanischen Lebensstandard zu erreichen. (Die Repression existierte zwar weiter, war aber mit dem Schrecken des „großen Terrors“ der Stalinzeit nicht vergleichbar.). Die Diskussionen über eine wirtschaftliche Reform in den 1960-er Jahren wurden geradezu von dem Bestreben angeregt, die Planwirtschaft der Erfüllung von höheren Konsumentenansprüchen „anzupassen“. Das Versprechen eines höheren Lebensstandards widerspiegelte die Erkenntnis, dass sich die Ansprüche der Arbeiter in einem sozialistischen System genauso gestalten, wie in einem kapitalistischen System, und gerade das kam in Riesmans Gleichnis mit den Nylonstrumpfhosen zum Ausdruck.

Allerdings hat man im Wettbewerb mit dem amerikanischen Lebensstandard die Theorien von Denkern, wie Lenin, Trotzki oder Rosa Luxemburg, die in ihren Werken die peripherische Lage von Russland (und Ost-Europa) in der Hierarchie der internationalen Arbeitsverteilung hervorhoben, außer Acht gelassen.¹² Während Stalin die These „Sozialismus in einem Land“ dafür nutzte, der nachholenden Entwicklung zu verkünden, träumte Chruschtschow davon, dass das sozialistische Ost-Europa die entwickelten westlichen und nordamerikanischen Länder nicht nur wirtschaftlich sondern auch in seinem Konsum einholen kann.

Dieses Bestreben regte die Diskussion über die Reformen in den 1960-er Jahren an. In meiner Arbeit verzichte ich auf die detaillierte Erläuterung der Reformen und deren politisch-wirtschaftlichen Hintergrunds; ich möchte nur bemerken, dass die Reformen

11 RIESMAN, David: *The Nylon War*, in: *Abundance for what?: and other essays*, Garden City, NY 1964, 67.

12 Zur jüngsten Fachliteratur des Themas siehe noch: KRAUSZ, Tamás: *Lenin: Társadalomelméleti rekonstrukció*, Budapest 2008.

im Allgemeinen so konzipiert wurden, dass der Sozialismus durch sie „wettbewerbsfähiger“ wird, und die von der stalinistischen Zeit geerbte Planwirtschaft mit Marktelementen gemischt wird.¹³ Allerdings möchte ich unterstreichen, dass zu dieser Zeit - gerade, weil die Parteifunktionären die Arbeiterbeschwerden eindeutig offen und gerne an die Parteileitung weiterleiteten.¹⁴ Wie weit es ging, zeigt auch ein Bericht aus dem Jahr 1972: *„Die Arbeiter empfinden vielerorts so, dass sie nur auf die Arbeit ein Recht haben.“*¹⁵ ¹⁶ Sogar in der ideologisch dogmatischeren DDR hat man vom Bezirk Gera einen Bericht mit ähnlichem Ton verschickt: *„Diesbezüglich haben die Arbeiter erzählt, dass ein Teil von verschiedenen Schichten wie Kleinhandwerker, Handwerker, Selbstständige und Intellektuelle privilegiert ist, und diese leben auf einem höheren Lebensstandard als die Arbeiter.“* Viele Arbeiter haben offen die Frage gestellt: *«was haben wir vom Sozialismus?»* *Die Arbeiter haben in extra Schichten zu arbeiten, um die Schäden zu reduzieren, die durch die falschen Entscheidungen der Kader entstanden sind. Immer wieder hört man das Argument (besonders unter Frauen): es geht uns darum, wie wir leben.*¹⁷ ¹⁸

Wie es zu sehen ist, haben die Arbeiter die Möglichkeit, Kritik zu üben genutzt, und man formulierte vor der Öffentlichkeit auch Meinungen, die die Menschen während der Honecker-Ära in der DDR nur unter sich formuliert haben. Die scharfe Kritik kam den „Dogmatikern“ zugute, es stand ja außer Frage, dass die Arbeiter gegen die sie betreffenden negativen Folgen der Reform protestiert haben, die ich unten ausführlich beschreiben werde. Das erklärt übrigens einigermassen den auffälligen Widerspruch zwischen der Menge der in den 1960-er Jahren aufgezeichneten kritischen Äußerungen und dem einstimmigen Selbstlob der Honecker-Ära. Die Parteileitung war zwar nicht empfänglich aber zumindest offener für die Kritik, wie man es auch in den 1970-er und 1980-er Jahren erfahren kann. Dazu kommt noch, dass die Machtverhältnisse zu dieser Zeit auch offener waren, als später. Gerade davon zeugt die ungewöhnliche Bereitschaft der Parteifunktionären, auch die schlechten Nachrichten an die Leitung zu übermitteln.

Ich habe zwei Fallstudien untersucht. Die eine stammt aus der Zeiss-Fabrik von Jena und dem Kreis Gera, die andere aus der Rába-Fabrik von Győr und dem Komitat Győr-Sopron. Die wichtigste Übereinstimmung zwischen den beiden Fallbeispielen ist, dass die

13 Skizzenhaft Über die Reformen siehe noch den Überblick von Bartha áttekintését in: BARTHA, Eszter: *A munkások útja a szocializmusból a kapitalizmusba Kelet-Európában 1968–1989*, Budapest 2009, 67–74. Zur ungarischen Reform siehe noch: RAINER, János M.: *Bevezetés a kádárizmusba*, Budapest 2011, 163–199.

14 Diese Erscheinung wird aufgrund von Quellen aus dem Archiv dokumentiert. Siehe: BARTHA, *A munkások útja...*, 78–142.

15 Hervorhebung – E. B.

16 Győr Megyei Jogú Város Levéltára (im Weiteren: GYML), X. 415/124/12, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. A munkásosztály helyzetéről szóló KB. és megyei pártszervek határozatai végrehajtásának főbb tapasztalatai, 5. 25. 2. 1972.

17 Hervorhebung – E. B.

18 ThStA, Bezirksparteiarchiv der SED Gera, IV B-2/9/01/550. Material zur Einschätzung der politischen-ideologischen Situation unter der Bevölkerung des Bezirkes Gera, i. m.

Wirtschaftsreform das relativ ruhige politische Umfeld und den bis dahin existierenden gesellschaftlichen Konsens durcheinandergebracht hat. Innerhalb der Partei fing eine von Machtkämpfen begleitete Suche nach einem neuen Weg an, als wessen Teil die Partei die gesellschaftliche Diskussion ausgebreitet hat. Zum Charakter und Inhalt der Diskussion möchte ich drei wesentliche Übereinstimmungen zwischen der ungarischen und der ostdeutschen Version hervorheben. Erstens, dass sich die Arbeiter auf die von der Partei initiierte Diskussion einließen. Das zeigt, dass sie die Partei zu dieser Zeit noch als Verhandlungspartner und als einen anerkannten politischen Agenten betrachteten. Es ist auch wichtig zu betonen, dass die einfachen Arbeiter ihre scharfe Kritik an der Regierungspolitik mit einer erstaunlichen Offenheit formulierten, und zwar vor der Öffentlichkeit. (Man sollte dabei nicht vergessen, dass die Wirtschaftsreform in den beiden Staaten von der Regierung und von der Partei initiiert wurde!). Das zeigt deutlich, dass es zu dieser Zeit eine gesellschaftliche Rückmeldung zwischen der Regierung und dem „Volk“ gab, und der Stimmungsbericht von Gera zeugt davon, dass sich die Leiter dessen im Klaren waren, dass die Beliebtheit der Partei unter den Arbeitern sank, und das beeinflusste auch die Parteipolitik.

Als Zweites halte ich gerade den Charakter der gesellschaftlichen Diskussion für wichtig, der meines Erachtens in den beiden Ländern ähnlich war. Obwohl man nicht nur an der Wirtschaftsreform sondern an dem existierenden Sozialismus scharfe Kritik formulierte, stärkten die Arbeiterbeschwerden zu dieser Zeit noch die linke Opposition des Systems. Einer von den offensichtlichsten Beweisen dafür ist die Kritik selbst: die Arbeiter protestierten in beiden Ländern gegen die ihrer Meinung nach ungerechten Privilegien und die wachsenden sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft, was man schwerlich als Begierde nach einem Kapitalismus deuten könnte, der selbst nicht zu weniger sondern zu mehr Ungleichheiten führt. Wir können feststellen, dass die Kritiken zu dieser Zeit noch eher auf mehr und nicht auf weniger Sozialismus ausgerichtet waren.

Als Drittes möchte ich die wichtigsten gemeinsamen Merkmale der von den Arbeitern formulierten Kritik in beiden Ländern hervorheben. Sowohl unter den ostdeutschen, als auch unter den ungarischen Arbeitern ist eine reformgegnerische Attitüde zu beobachten. Die Ostdeutschen protestierten gegen die marktanreizenden Maßnahmen, durch die die durchschnittlichen Arbeitergehälter niedriger wurden; zugleich beschwerten sie sich darüber, dass andere Schichten (wie die Intellektuellen, Kleinhandwerker und Selbstständigen) im Sozialismus besser leben, als sie. Die Ungarn protestierten sozusagen noch heftiger gegen die steigenden Ungleichheiten: sie meinten, dass nur die Leiter von den Betrieben und diejenigen, die im privaten Sektor tätig waren von der Wirtschaftsreform profitierten. Die Arbeiter haben nicht nur die für sie negativen Folgen der Reform zur Sprache gebracht, sondern sie haben auch gegen andere Ungerechtigkeiten protestiert, was über die Kritik an der Reform hinausging. In Ungarn hört man auch, dass die von den Arbeitern auszuführende demokratische Kontrolle über die Betriebe nicht gewährleistet wird, denn ihre Tätigkeit hängt von der Betriebsleitung ab, und mancherorts empfinden die Arbeiter, dass sie „nur auf die Arbeit ein Recht haben“. In der DDR sprach man mit einer zu dieser Zeit beispiellosen Offenheit darüber, dass die Partei bei gewissen Schichten (sogar Arbeitergruppen!) nicht beliebt ist. In den Protokollen sind sogar solche ketzerischen

Meinungen zu lesen, dass es einige Parteimitglieder gibt, die keine Mitgliedsgebühr zahlen (und man sieht es ihnen auch nach), und die nach dem „6-ten Kongress“ benannte Brigade übernahm nur aus dem Grund Überstunden, weil es besser bezahlt wurde.¹⁹ In dieser Zeit brachten auch die ostdeutschen Arbeiter ihre Beschwerden freier zum Ausdruck. Die Frage, „was wir vom Sozialismus haben“ deutet zumindest darauf hin, dass auch die ostdeutschen Arbeiter nicht viel von der Demokratie in den Betrieben hielten.

Zu welchem Ergebnis die von den Arbeitern ungewöhnlich offen formulierte Kritik wohl führte? Materiell betrachtet gab es schon Ergebnisse: in der DDR stiegen die Arbeitergehälter (was ein bedeutendes Zugeständnis ist, wenn wir bedenken, dass die Reform ursprünglich mit einem Lohnstopp angefangen hat!). Die ungarische Regierung kam zu einer ähnlichen Einsicht, als sie die Gehälter der Arbeiter erhöht hat. Und was auch noch wichtiger ist: die Regierungen von den beiden Ländern verschrieben sich eindeutig der Lebensstandardpolitik. (Das heißt, dass der Staat den Arbeitern der staatlichen Industriebetriebe die Erhöhung ihres Lebensstandards garantiert hat.). Die strenggläubigen oder „dogmatischen“ Kommunisten haben außerdem die von den Arbeitern offen formulierten Kritiken erfolgreich ausgenutzt, in der DDR wurden die Reformprozesse abgebrochen, und Walter Ulbricht, der sich der Fortsetzung der Reformen verschrieben hat, musste abdanken (obwohl sein Schicksal nicht von der Kritik der Arbeiter sondern vom Niederschlag des Prager Frühlings besiegelt wurde). Die ungarische Regierung führte eine Zentrale Gehaltserhöhung im staatlichen Sektor durch, wo die Gehälter im Vergleich zu den Gehältern des privaten Sektors zurück lagen. Die Wohlstandspolitik betraf aber nur einen Teil der Forderungen der Arbeiter. In den gesellschaftlichen Diskussionen der 1960-er Jahre tauchten auch Fragen auf, deren Folgen viel weiterführende gesellschaftliche Änderungen auslösten. Dazu gehörten, so merkwürdig es auch klingen mag, die „Devaluation“ der Arbeiterklasse, und die Frage, welche gesellschaftliche Rolle die Arbeiterschaft innehaben wird, wenn die technische Entwicklung voranschreitet – und im Falle von Ungarn können wir diese Reihe gleich mit der Ausbreitung des Marktes ergänzen. Wie wir sehen konnten, sind diese Fragen auch in Osteuropa aufgetaucht – und zwar vor der damaligen Öffentlichkeit, so beschränkt und politisch kontrolliert diese Öffentlichkeit auch sein mochte.

Angesichts der langfristigen Folgen erzielten die sich in Ungarn auch als „Arbeiteropposition“ bezeichnenden dogmatischen Kommunisten einen Pyrrhussieg. Die kritischen Intellektuellen wurden „erfolgreich“ zum Schweigen gebracht oder zur Emigration gezwungen, nachdem man ihnen es unmöglich gemacht hat, in ihrem Heimatland wissenschaftlich tätig zu sein. Die „Wohlstandsdiktaturen“ stärkten aber gerade die kapitalistische Konsumlogik, und ähnlich der Fiktion von Riesman haben sie den Widerspruch zwischen der die Gleichberechtigung anstrebenden Arbeiterideologie und des „real existierenden Sozialismus“ konserviert und weiter verstärkt. Ich habe das auf diese Art entstandene System als Wohlstandsdiktatur bezeichnet, denn es basierte auf dem Kompromiss, den die Staatspartei den Industriearbeitern angeboten hat: um sich einen sicheren Lebensstandard zu sichern, verzichteten die Arbeiter

19 ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera. Nr. IV B-4/13/079, Bericht der IKPKK (Industriekreispartei Kontrollkommission), GDREH 1, 19. 9. 1969.

auf ihre politischen Forderungen, und ließen die existierenden Machtstrukturen unberührt. Langfristig betrachtet haben aber diese Systeme für den Kapitalismus und für den vollen Glaubwürdigkeitsverlust der sozialistischen Ideologien die Grundlagen gelegt (was ein anhaltendes „Erbe“ im heutigen Ost-Europa ist), und sie haben paradoxerweise gerade das verstärkt, wogegen die dogmatischen Kommunisten so lautstark gekämpft haben.

Arbeiterproteste in der DDR

Während ich im ersten Kapitel eine eher übersichtliche Darstellung der politischen Situation angestrebt habe, mache ich hier einen Versuch, die politische Denkweise der Arbeiter in der Reformzeit zu rekonstruieren. Dabei stütze ich mich auf die Unterlagen der im Gerätebetrieb durchgeführten Kontrolle, die aus vielerlei Hinsicht eine alleinstehende Dokumentengruppe darstellen. In der Einführung muss ich betonen, dass uns ziemlich wenige, hinsichtlich der Arbeiter relevante Quellen aus dieser Zeit zur Verfügung stehen – das Material der sogenannten Konfliktkommission²⁰ ist abhandengekommen, und in der überwiegenden Mehrheit der an den Generaldirektor gerichteten Beschwerdebriefe²¹ geht es entweder darum, dass die Beschwerdeerstanter versuchen, die Bearbeitung ihres Wohnungsantrags voranzutreiben, oder darum, dass sie über ihre unerträglichen Wohnverhältnisse klagen. Die überlieferten Dokumente der betrieblichen Parteiorganisation enthalten vor allem Kalkulationen und Statistiken, und nach den 1970-er Jahren sind sie nicht einmal vom Landesarchiv in den Bestand aufgenommen worden. Deshalb gelten die überlieferten Dokumente der im Jahr 1969 durchgeführten Kontrolluntersuchung als außerordentliche Quellen, die im Gegensatz zu den verschiedensten Parteidokumenten dieser Zeit, die Probleme der Partei und der Arbeiter zur Sprache bringen. Die Untersuchung wurde in dem auffallend schlechte Ergebnisse erzielenden Gerätebetrieb von einer von der Partei delegierten Kommission durchgeführt. Dieser Gerätebetrieb ist auf einer Sitzung des Parteiausschusses selbst von dem Generaldirektor kritisiert worden.²²

Die Kommissionsmitglieder begingen viele Abteilungen, und befragten viele Angestellte aus verschiedenen Positionen, von den Leitern bis hin zu den Arbeitern. Es ist aufgrund der Protokolle nicht rekonstruierbar, wie offiziell diese Aktion abgewickelt wurde, und inwiefern sie nur ein einfaches Gespräch war, aber die Kommissionsmitglieder haben wahrscheinlich eine gemischte Methode verfolgt. Es sticht gleich ins Auge – besonders im Vergleich mit den späteren, gänzlich nichtssagenden Berichten, – dass die Arbeiter und die einfachen

20 Entscheidungskommission für Arbeitsangelegenheiten in der DDR.

21 Aus der Korrespondenz zwischen den Behörden und der einfachen Staatsbürgern bildete sich eine sehr interessante Quellengruppe. Vgl. MERKEL, Ina (Hg.): „Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation.“ Briefe an das Fernsehen der DDR, Berlin 2000. Auch meine eigenen, im Archiv durchgeführten Forschungen bestätigen, dass die an den Generaldirektor gerichteten Beschwerdebriefe vieles vom Alltag, Gesellschaftsleben, und von den Konsumgewohnheiten der Wohlstandsdiktatur verraten.

22 ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera, IV B-4/13/079, Protokoll der IKL-Sitzung, 15. und 18. 8. 1969, i. m.

Parteimitglieder ihre Meinung über ihre Vorsitzenden mit einer überraschenden Offenheit formulierten: unter anderem, dass ihre Fachkenntnisse nicht ausreichten, und dass sie nicht in der Lage seien, die Produktion zu leiten. Ich habe es schon mehrmals erwähnt, dass die von der ostdeutschen kommunistischen Partei verfolgte Politik viel unterdrückender war, als die der ungarischen kommunistischen Partei. Es lohnt sich aber die oben beschriebenen Offenheit der Arbeiter mit den Aussagen der ungarischen Dokumente zu vergleichen, nach denen die Angestellten sich fürchten, an ihren Vorgesetzten Kritik zu üben, und sie empfinden, dass die Partei nicht einmal denjenigen einen Schutz gegen die Rache des „Chefs“ gewährt, die eine durchaus begründete Kritik formulieren.

Es geht aus den Protokollen hervor, dass die Arbeiter des Gerätebetriebs sich nicht fürchteten, an ihren Vorgesetzten sogar mit Angabe ihres Namens Kritik zu üben, und sie haben die Mängel der Arbeitsteuerung an konkreten Beispielen nachgewiesen. Die offene Kritik fällt ins Auge, zumal die Kritik sich gegen das Plansystem richtet, aus dem die beanstandeten Störungen des Systems resultieren würden. Die Schärfe der Kritik wurde nicht einmal dadurch gemindert, dass die neue Wirtschaftspolitik die Produktion noch stärker durcheinandergebracht hat. Bei der Untersuchung in der Drehwerkstatt kam man zum Beispiel zur folgenden Feststellung: „Die Arbeiter behaupten, dass man gar nicht in solchen Verhältnissen arbeiten kann. Die Anweisungen ändern sich von Tag zu Tag, und sind oft völlig widersprüchlich. Die Voranschläge entsprechen den Normen, die stets geändert werden, oft nicht.“²³ Die Arbeiter der Drehwerkstatt hatten auch über die Parteileiter ihre Meinung: „Die APO-Leiter²⁴ und die Parteigruppen berufen regelmäßig Versammlungen ein, wo sie zwar schöne Worte sagen, aber es wird nichts aus ihnen. Niemand spürt hier den Kampfgeist, über den so viel gesprochen wird. Das Niveau der Gruppenversammlungen ist nicht besonders hoch. Da sprechen im Allgemeinen nur die Funktionäre und die Staatsleiter, aber die Genossen Arbeiter kaum. Die Gründe sind darin zu suchen, dass die Arbeiter denken, es ändere sich sowieso nichts.“²⁵

Die obigen Meinungen werden besonders angesichts dessen interessant, dass die Arbeiter diese einer von der Partei delegierten Untersuchungskommission mitteilten. In den ostdeutschen Berichten galt die Partei beinahe als Tabu – und in der Honeckerzeit sogar alles, – was die für die Öffentlichkeit präsentierte vollständige Harmonie hätte stören können. Die DDR ist aus dieser Hinsicht mit den dunkelsten Zeiten des sowjetischen Stalinismus vergleichbar, als man selbst die mildeste Kritik an der Partei oder an der sowjetischen Gesellschaft für einen „Angriff auf das System“ hielt. Das politische System konnte zwar die Gedanken der Bürger nicht kontrollieren, und es gab viele Zeichen dafür, dass sich auch die Parteiarbeiter dessen im Klaren waren, was für Gefühle die Arbeiter in der Tat hegten, zum Beispiel gegenüber der großen Sowjetunion, vor der Öffentlichkeit wurden aber nicht einmal wohlwollende Kritiken geduldet, als wenn man befürchtet hätte,

23 ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera, IV B-4/13/79, Bericht, 19. 9. 1969.

24 APO=Abteilungsparteiorganisation.

25 ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera, IV B-4/13/79, Bericht, APO-Leitung, 19. 9. 1969.

dass mehr Demokratie zur Auflösung des Systems führen würde. Es ist aber zu betonen, dass die Mentalität der ostdeutschen Arbeiter eine starke linke Prägung hatte. Das geht auch aus den mit den Arbeitern des Gerätebetriebs geführten Gesprächen hervor, wessen Bedeutung dadurch unterstrichen wird, dass man später gar nichts mehr über Arbeiter lesen kann, die so offen den Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Parteifunktionären zur Sprache brachten. Ob absichtlich oder zufällig, aber die Wendungen der deutschen Parteisprache liefern auch diesmal Grund für Ironie. (Die Wendung „Die Gründe sind darin zu suchen“ war ein Lieblingsausdruck der Parteidokumente.).²⁶ Während der Generaldirektor auf einer Sitzung der betrieblichen Parteiführung zu seiner Entschuldigung anführte, dass es im Gerätebetrieb keine Disziplin herrscht, und die Leiter tun, was sie wollen²⁷, kritisierten die Arbeiter die Produktionssteuerung wegen ihrer Kraftlosigkeit. Sie erzählten es auch ganz offen, dass die Leute im Betrieb die Kampfpropaganda, die Produktionsfront und den Kampfgeist auslachen (was in den älteren Menschen peinliche Erinnerungen an die ähnlich gesinnte Propaganda der Nazizeit weckte, auch wenn sie das natürlich nicht auszusprechen wagten). Es ist aber auf jeden Fall eine vielsagende Ausrede, dass die Arbeiter ihre Meinung auf der Parteisitzung nicht äußern, weil es sowieso an nichts ändert. Die Tatsache, dass diese Meinung an die Öffentlichkeit kam, beweist aber doch, dass die Ideologietreue in der Zeit des „Experimentierens“ auch in der DDR nachließ. Wir müssen zwar diese „größere Freiheit“ in der DDR relativieren – denke man an das ungarische Beispiel, das im Vergleich zur DDR als ein „westliches“ Land galt – es deuteten aber auch andere Zeichen darauf hin, dass die Menschen sich mehr traute, an ihre Grenzen zu gehen, und sie verstießen gegen gewisse politische Tabus. Bei der im Gerätebetrieb durchgeführten Untersuchung wurden auch andere „ideologische Mängel“ offengelegt, die vieles über das angespannte Verhältnis zwischen der Partei und der Zeiss-Arbeiter verraten, beziehungsweise darüber, dass die Parteimitgliedschaft den Arbeitern aufgezwungen wurde: „Es treten schwere ideologischen Mängel auch in der Hinsicht auf, dass wir gezwungen sind, über die Höhe der Mitgliedschaftsgebühr mit vielen Genossen ernsthafte ideologische Diskussionen zu führen. Sehen wir zum Beispiel den Fall von Genossen M., der bei Zeiss als Dreher arbeitet, und vor einem Jahr eingestellt wurde. Es hat sich schon im Januar herausgestellt, dass er anstatt der vorgeschriebenen 11,85 Mark nur 2,5 Mark eingezahlt hat. In diesem Monat müsste er 17 Mark einzahlen. Man hat jeden

26 Die „Alltagsideologie“ ist auch schon in der Küche aufgetaucht. In einem Bericht aus dem Jahr 1968 steht, dass sich die Situation in der Mensa „zugespitzt“ hat, denn es gibt keinen ausgebildeten Koch, und das Essen ist unverzehrbar. Die Arbeiter haben sich deshalb bei dem Parteisekretär über das Mensamenu beschwert, und fragten ihn: „Könnt ihr das essen? Wir können es nämlich nicht“ Sie haben ihm auch eine Speisekarte aus dem Jahr 1959 gezeigt, aus der es ersichtlich wurde, dass die Kost damals viel besser war. Laut Bericht ergriff der Parteisekretär die Initiative gleich, suchte die Leiter des Kombinats auf, und „machte einen konstruktiven Vorschlag, wie man in Sachen Betriebsverpflegung die Situation verbessern könnte“. Doch erfährt man nicht, ob die Kost wirklich besser wurde. ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera. Nr. IV B-2/3/255, Informationsbericht der IKL, 12.6.1968. Später stelle ich diesen Fall ausführlich dar, ich habe ihn an dieser Stelle nur zitiert, um zu zeigen, dass die „ideologische Disziplin“ die Diktatur – zumindest für die Nachwelt – mal lächerlich vorkommen lässt (siehe: „die Verschärfung“ der Situation in der Küche).

27 Protokoll der IKL-Sitzung, 15. und 18. 8. 1969, i. m.

Tag versucht, ihn zur besseren Einsicht zu bringen. Zuerst wollte er nur 3 Mark zahlen, und jetzt vertritt er die Meinung, dass er überhaupt nichts zahlen wird. Er ist zwar der Partei beigetreten, es steht aber in seiner Freiheit, auszutreten.“²⁸ Hier können wir übrigens wieder eine gewisse – wahrscheinlich ungewollte Ironie merken – denn die Parteimitglieder vertraten immer mit Vorliebe irgendwelche Meinung.

Es verrät von der im Betrieb herrschenden „Ideologiedisziplin“ viel, dass Genosse M. trotz der ideologischen Gespräche nicht zur besseren Einsicht kam, er erklärte sich sogar bereit, aus der Partei auszutreten. Und an dieser Stelle sollte man einen Punkt in Bezug auf das Verhältnis der Partei und der Arbeiter in Betracht nehmen. Das herrschende Regime hat – gerade wie in Ungarn – garantiert, sogar erfordert, dass jeder eine Arbeit, oder zumindest einen Arbeitsplatz hat. Deshalb konnten die Arbeiter, die keine besonderen Karriereambitionen hatten, nicht wirksam bedroht werden: wenn ein Arbeiter sich nicht offen gegen das System äußerte, konnte man ihn nicht gefangen setzen, ansonsten musste man ihm solche „Zuteilungen“ wie der Arbeitsplatz oder später im Falle der DDR die staatliche Wohnung auf Basis der Staatsbürgerschaft garantieren. Aber kommen wir zurück zu unserem Betrieb: dass die Parteigruppe es für notwendig gehalten hat zu betonen, dass sie sich so viel Mühe gegeben hat, Genossen M. (der die Mitgliedschaftsgebühr von Anfang an nicht ordentlich eingezahlt hat) zu agitieren, zeugt davon, dass die Partei die Arbeiter mehr brauchte, als die Arbeiter die Partei.

Während die Gegner der Reformen den Leitern vorwarfen, dass sie den wirtschaftlichen Aufgaben zuliebe die Parteiarbeit vernachlässigten, meinten die Arbeiter ganz umgekehrt, dass die Leiter sich zu sehr der nach der Meinung der Arbeiter überflüssigen ideologischen Arbeit widmeten: „Die Leute beschwerten sich überall darüber, dass die leitenden Funktionäre, samt allen gesellschaftlichen Organisationen, kaum im Betrieb erscheinen.“²⁹ Diese Kritik mildert zwar den Gegensatz zwischen Arbeitern und Funktionären, aber es ist aus ihr ersichtlich, dass die Arbeiter die ideologische Arbeit im Allgemeinen nicht als Arbeit betrachteten.³⁰ Da lässt sich übrigens eine Parallele zum auch in Ungarn zu beobachtenden Gegensatz zwischen den Blaukragenarbeitern und den Weißkragenarbeitern ziehen. Die physischen Arbeiter hielten im Allgemeinen nur die Produktionsarbeit für Arbeit, und die Arbeiter, die keine Produktionstätigkeit ausübten, waren in ihren Augen Schmarotzer, die nur von der Arbeit der Produktionsarbeiter lebten. Es ist kein Zufall, dass die betriebliche Parteiorganisation die Arbeiter so oft agitierten: im Allgemeinen ist es zu beobachten, dass die in der Produktion tätigen Genossen mehr Respekt hatten, als die Parteikader in „Vollzeitanstellung“.

28 ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera. Nr. IV B-4/13/079, Bericht der IKPKK (Industriekreispartei Kontrollkommission), GDREH 1, 19. 9. 1969.

29 Ebenda Bericht (APO-Leitung).

30 In den Jahren 2003 und 2004 habe ich mit ehemaligen und heutigen Arbeitern insgesamt 50 Life-History-Interviews durchgeführt. Bei mehreren Gesprächen haben sich die Befragten so geäußert, dass die Arbeiter die Funktionäre für Nichtstuer hielten, die von ihnen unterhalten werden mussten.

Wir sollten aber die ostdeutschen Wirtschafts- und Produktionsleiter, die unter einem viel größeren politischen Druck standen als die Arbeiter, nicht ungerecht verurteilen ;sie waren es auch, denen man die Nichterfüllung der Normen „in die Schuhe geschoben“ hat. Als die Kommission Genossen Z., einen Ökonomen des Gerätebetriebs verhört hat, war er laut Protokoll in einem sehr schlechten Nervenzustand, und konnte seine Tränen nicht zurückhalten.³¹

Während die Produktionsleiter sich einerseits zu verteidigen hatten, waren sie es auch, die andere angeklagt haben. Das zeigt auch, dass es in der Produktion andere Regeln herrschten, als in der überorganisierten „Ideologie“. Genosse G., ein Mitglied der betrieblichen Parteiführung ging zum Beispiel so weit, dass er es ganz offen aussprach: der Druck von oben zwang der Betriebsleitung die obige Manipulation auf. „Es wird von den Leitern verlangt, um jeden Preis dafür zu sorgen, dass der rote Stern glänzt. Es kommt bei der Vorführung der Vorplanungen oft vor, dass sie nicht zugelassen werden, sondern man verlangt um 2–3 Millionen mehr. Den Leitern bleibt nichts anderes übrig, als zuzusagen, selbst wenn die Vorbedingungen fehlen. Die mangelnden Vorbedingungen sind nach Genossen G. in den zentralen Bereichen zu suchen. Die Härterei im Hauptbetrieb wurde beispielsweise für ein halbes Jahr geschlossen, wobei im Südbetrieb erst jetzt eine neue Werkstatt eröffnet wird. Eine ganze Reihe von Betrieben, wie auch der Gerätebetrieb, ist auf die Härterei angewiesen, und da sie wegen des Stillstandes der Härterei die Werkstücke nicht bekommen, können sie die Produkte nicht fertigstellen. Das ist nur eins von den vielen Beispielen. Nach der Meinung von Genossen G. hat das mit der Planung nichts zu tun, die Störung werde zentral generiert, und die Konsequenzen würden den einzelnen Betrieben aufgebürdet.“³² Diese zugespitzte Meinung von Genossen G. veranschaulicht, wie weit die Produktionsleiter in der Klartextäußerung gehen konnten, denke man nur an die Bemerkung, dass man „für das Glänzen des roten Sterns immer sorgen muss“, und zwar aus dem Mund eines Parteifunktionären. Es ist wahrscheinlicher, dass man in der Produktion nicht der Parteitreu Vorrang gab; Genosse G., als guter Fachmann war unentbehrlich, und die Betriebsleiter kamen fast „automatisch“ in die Parteiführung.

Der Bericht von Genossen W., in dem er die folgenden, im Betrieb auftauchenden Probleme aufgelistet hat, ist auch aufschlussreich: „Ein Teil der Arbeiter denkt, dass der Sozialismus sich verwirklicht hat, und man kann sich eine gewisse Lockerheit erlauben. Was die Lohnabrechnung betrifft, da dulden sie keinerlei Lockerheit. ‚Das Geld muss stimmen‘ – meinen sie. *Etliche Kollegen arbeiten aus Treue zum alten Zeiss gewissenhaft, und nicht aus irgendwelchem Politikbewusstsein oder aufgrund eines prinzipiellen Klassenstandpunktes.*“³³ Da das Kollektiv den Plan schon seit acht Jahren nicht erfüllen kann, zweifeln viele an der Richtigkeit unserer Wirtschaftspolitik. Hierorts herrscht die Meinung, dass die Anforderungen zu hoch sind, und der Plan unerfüllbar ist. Viele Schichtleiter kennen die technischen Vorschriften nicht genau, und sie können keine Disziplin halten. Das zeigt sich darin, dass sie die Norm nicht

31 ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera. Nr. IV B-4/13/079, Bericht der IKPKK (Gen. Z, Ökonom), i. m.

32 Ebenda Bericht (Gen. G).

33 Hervorhebung – E. B.

einhalten, und die Arbeiter nehmen enorm hohe Löhne mit nach Hause.“³⁴ Aus den Worten von Genossen W. ist es ersichtlich, dass das Kollektiv eher dank der Treue zu dem alten Zeiss zusammenhält, als wegen des im neuen Regime so oft wiederholten sozialistischen Arbeiterbewusstseins. Damit meine ich nicht, dass das Letztere gar nicht zur Geltung kam; es ist aber jedenfalls vielsagend, dass die Solidarität zum alten Zeiss auch im neuen Regime eine derart starke Wirkung ausübte. Auf ähnliche Motive stößt man auch in der Fabrik Rába: denke man nun an den Konflikt zwischen dem Erstsekretär des Komitats und Ede Horváth, als letzterer die Waggonproduktion einstellen wollte. (Beide Männer fingen ihre Karriere als Arbeiter der Waggonfabrik an, was – ähnlich wie bei der Fabrik Zeiss – damals und natürlich auch später als eine Fabrik von sehr hohem Prestige galt.). Ich habe schon, wenn auch in einem anderen Zusammenhang, die bewusstseinsgestaltende Wirkung des traditionellen Bauerntums hervorgehoben.³⁵ Die obigen Beispiele zeigen wiederum auch die starke Wirkung der alten Arbeiterbewegung – so war es zumindest in den 1960-er Jahren.

Arbeiterproteste in Ungarn

Es sind Protokolle nur von wenigen Basisorganisationsversammlungen unter den Quellen der Fabrik Rába MVG überliefert worden, deshalb lässt es sich schwer sagen, wie typisch der kritische Ton gegenüber der Partei und der Regierung auf einem öffentlichen Forum war. Während man an den zugänglichen Dokumenten aus den 1970-er Jahren und Stimmungsberichten eine ideologische Anpassung beobachten kann, ist aufgrund der Stimmungsberichte und der Protokolle der Parteiführung aus den 1960-er Jahren mit voller Sicherheit festzustellen, dass die ungarischen Parteifunktionäre die kritischen Äußerungen emsig gesammelt haben, und die Bevölkerung des Komitats hat sich so gerne beschwert, wie die Arbeiter des Komitats Gera, die bei den Parteifunktionären – zumindest am ostdeutschen Maßstab gemessen – ganz sicher über die Toleranzgrenze hinausgingen, wenn sie bereit waren, die sich von der offiziellen Richtlinie abweichenden Arbeitermeinungen an die Zentrale weiterzuleiten. In der Reformzeit wurden die Grenzen der Öffentlichkeit und der Kritik in beiden Ländern erweitert, und kamen Meinungen auf die Oberfläche, die später in der DDR wegen der steigenden Repression und in Ungarn wegen des Gleichmuts nicht an die Ohren der Parteifunktionäre kamen. Aus den späteren Zeiten finden wir keine Spuren dafür, dass man sich auf öffentlichen Foren mit der politischen Meinung der Arbeiter auseinandergesetzt hätte.

In der Reformzeit war die Situation anders. Viele alte Kommunisten dachten, dass die Wirtschaftsreform dem Respekt der Politik schadet, und die Situation der Arbeiterklasse untergräbt – das heißt, dass die Reform hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Wirkungen die Arbeiter entsetzt und gegen das System stimmt, und dadurch den entstandenen gesellschaftlichen Konsens gefährden wird. Die politischen Leiter des Komitats, denen es vor allem um die Sicherung

34 Bericht der IKPKK (Gen. W), i. m. Welche Probleme sieht der Betriebsleiter?

35 Dazu siehe noch den Aufsatz von VARGA, Zsuzsanna: Mit ér a munkás, ha paraszt (is)? A falusi munkásság és a hatalom a Kádár-korszakban, in: *Korall*, 13, 2012, 49, 37–57.

ihrer Machtpositionen ging, waren im Allgemeinen daran interessiert, die reformgegnerische Stimmung zu schärfen, und die politischen Gefahren der Reformpolitik zu übertreiben. Ihr Bestreben erwies sich aber als viel zu erfolgreich, denn die Debatten um die Reform brachten die tiefergelegene gesellschaftliche Unzufriedenheit auf die Oberfläche. Die Leute klagten nicht nur über die Verschlechterung der Situation der Industriearbeiterschaft, sondern sie nutzten auch die sich aus der größeren Freiheit ergebenden Möglichkeiten aus, um ihrer tieferen Unzufriedenheit gegen den existierenden Sozialismus eine Stimme zu geben.

Ich möchte zwei Beobachtungen in Bezug auf die ungarische „1968“ hervorheben. Einerseits gibt es ungewöhnlich viele kritische Äußerungen in den lokalen Quellen dieser Zeit, was sich damit erklären lässt, dass die Partei selbst die öffentliche gesellschaftliche Debatte angespornt hat. Andererseits ging aber die Debatte über die Kritik der Wirtschaftsreform hinaus, und die Leute fingen an, auch an Sachen Kritik zu üben, die nur durch die Änderung des bestehenden Systems zu verbessern gewesen wären. Wenn man die Beschwerden gruppieren möchte, dann kann man feststellen, dass sich die Arbeiterkritiken gegen drei verschiedene Punkte richteten: die immer größer werdende Ungleichheit zwischen der finanziellen Lage der Arbeiter und der Bauern; das hohe Einkommen der Bauern; dass die Leitung eines Betriebs in den Händen einer einzigen Person ist, anders formuliert, dass es keine Betriebsdemokratie gab. Für die ersten zwei machten die Arbeiter die Wirtschaftsreform schuldig; die Kritiken des dritten Typs hingegen richteten sich aber gegen die Machtverhältnisse des sozialistischen Systems, selbst wenn die Arbeiter über die Verzerrung des Sozialismus natürlich nicht sprachen.

1972 führte man eine Studie über die Situation der Arbeiterklasse im Komitat durch. Laut des an die Zentrale geschickten Berichtes hat man eine deutliche gesellschaftliche Unzufriedenheit unter den Industriearbeitern detektiert. „*Vielorts empfinden die Arbeiter, dass sie nur auf die Arbeit ein Recht haben.*“³⁶ Sie brachten es zum Beispiel zur Sprache, dass sie die strenge Arbeitsdisziplin für richtig, das späte Ankommen am Arbeitsplatz, die Nachlässigkeit und Lockerheit hingegen für amoralisch halten, aber sie finden es auch schlecht, wenn sie wegen schlechter Materialversorgung und Arbeitsorganisation nicht arbeiten können. Da kann man aber niemanden zur Rechenschaft ziehen. Sie sehen, dass nicht einmal die lokale Parteiorganisation in der Lage ist, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Die Arbeiter haben einen Anspruch auf die Stärkung ihres Kontakts zu den politischen und wirtschaftlichen Leitern. Sie halten es für falsch, dass die einzelnen Leiter nicht viel tun. Sie sehen den Grund dessen einerseits darin, dass sich die wirtschaftlichen Leiter von den Arbeitern entfernt haben („sie vergessen, wo sie herkommen“, „sie gehören der oberen Zehntausend an“), andererseits darin, dass das Bewegungleben bürokratischer und offizieller geworden ist. Sie möchten mehr Anteil an der Kontrolle der Umsetzung der sozialistischen Ziele bekommen.“³⁷

36 Hervorhebung – E. B.

37 GYML, X. 415/124/12, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. A munkásosztály helyzetéről szóló KB. és megyei pártszervek határozatai végrehajtásának főbb tapasztalatai, 5. 25. 2. 1972.

Aus einer anderen im Komitat durchgeführten Studie geht hervor, dass die Arbeiterklasse an ihrer politisch-gesellschaftlichen Bedeutung verlor – oder zumindest dachten es die Leute so. Gemäß der unter den Parteimitgliedern des Komitats durchgeführten Studie beschwerten sich mehrere darüber, dass es immer weniger Leute mit Arbeiterhintergrund in eine Leitende Position kommen. Viele denken, dass die technische Entwicklung die leitende Rolle der Arbeiterklasse von vornherein fraglich macht: die Position der Arbeiter wird von den Diplomökonomen, Diplomingenieuren und Intellektuellen übernommen, und in Zukunft wird der sozialistische Staat von dieser Klasse geführt. Es ist bemerkenswert, dass die Studie die wachsende – oder ganz einfach existierende – Entfernung zwischen der Arbeiterschaft und der Intelligenz thematisiert. Es war auch die Klage zu hören, dass viele von den Intellektuellen auf die Arbeiter herabsehen: „Es sind auch unter den Intellektuellen Meinungen zu hören, nach denen die Arbeiter wegen ihrer geringen Qualifikation ungeeignet für leitende Positionen sind, und dieser Meinung haben auch Intellektuelle, die sonst auch Parteimitglieder sind, eine Stimme gegeben“³⁸

Die tatsächliche Kluft verlief aber – zumindest im Sinne der Kritiken – nicht zwischen den Arbeitern und den Intellektuellen, sondern vielmehr zwischen den Arbeitern und den Leitern. Als Ergebnis der Reformen stiegen die an die Leiter ausgezahlten Prämien erheblich. Im Auge der Arbeiter hat das die gesellschaftliche Kluft zwischen den einfachen Arbeitern und den Leitern vertieft. Die Reisen nach Westen, die Luxusbüros und teuren Autos weckten das Gefühl, dass die wirtschaftlichen Leiter am meisten von der Reform profitierten – und natürlich auch, dass sie es sind, die das meiste Nutzen von den „sich im Besitz des Volkes befindenden“ Fabriken ziehen: „Die Arbeiter meinten, dass sie nicht viel von den Protokollbesuchen halten. Typisch ist es für manche Leiter, die aus dem Komitat, aus dem Bezirk, aus der städtischen Partei oder aus anderen Massenorganisationen kommen, und für einen bedeutenden Teil der Mitglieder der Apparate, dass sie nur ganz flüchtige Besuche bei ihnen erstatten. Die niedrigeren Leiter werden von ihnen öfter besucht, aber die Arbeiter nur kaum oder gar nie. Es waren in erster Linie die Arbeiter, die den Einwand formulierten, dass ein Teil der wirtschaftlichen Leiter sich seit der Reform der Wirtschaftsleitung auf ihre enorm viel Arbeit berufend die Sorgen und Probleme der Arbeiter nicht kennt, und sie kümmern sich um deren Lösung auch nicht. Es ist eine, vor allem unter den Arbeitern – hie und da übertriebene – Meinung, dass manche Leiter dank ihrem hohen Einkommen geldorientiert wurden, und ein kleinbürgerliches Leben führen. (Zeichen für eine geldorientierte Attitüde zeigen sich auch unter den Arbeitern, von denen viele Nebenbeschäftigungen nachgehen, oder von selbstständigen Gewerbebetreibern von zu Hause aus zu verrichtenden Arbeiten annehmen.)“³⁹

Nicht nur die an die Leiter ausgezahlten hohen Prämien entsetzten die Industriearbeiter. Im Komitat Győr stieß auch der wachsende Wohlstand des Bauertums unter den städtischen

38 GYML, X. 415/122/6, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. Jelentés a párttagság ideológiai nevelésének eredményeiről, problémáiról, a feladatokról, 8. 15. 8. 1972.

39 GYML, X. 415/117/7, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. A párt tömegkapcsolata, a pártszervezetek és tömegszervezetek, tömegmozgalmak politikai vitája, 7–8. 31. 8. 1971.

Arbeitern auf Kritik, und erweckte sozusagen ihren Neid. In den Informationsberichten der Fabrik stand, dass die städtischen Arbeiter der Regierung ganz klar vorwerfen, eine bauernfreundliche Politik zu betreiben, was mit der Untergrabung des Bündnis zwischen den Arbeitern droht. „Die städtischen Parteimitglied-Arbeiter messen das Arbeiter-Bauern-Bündnis oft vereinfachend am Lebensstandard der beiden Klassen. Hie und da ist eine bauernfeindliche Stimmung spürbar, wobei die erheblich höheren dörflichen Einkommen den niedrigen Arbeiterlöhnen gegenübergestellt werden. Oft stößt man auf die Bemerkung: ‚Es war immer die Arbeiterklasse, die ein Opfer bringen musste und muss es auch jetzt tun.‘ Manche sind der Meinung, dass die staatliche Unterstützung der Landwirtschaft nur dem Interesse der Bauern dient. Sie sind zwar mit den zur Verbesserung des Lebensstandards der Bauern ergriffenen Maßnahmen einverstanden, aber sie fügen hinzu, dass der Arbeiterstaat sich mehr Mühe hätte geben sollen, den Lebensstandard der Arbeiter zu erhöhen.“⁴⁰

Unter den Parteiunterlagen- und Berichten befinden sich viele, die sich dem obigen Bericht ähneln. Das Ressentiment gegenüber dem Bauerntum widerspiegelt nicht nur den Gegensatz zwischen Stadt und Land, sondern zeugt auch von der Meinung der Arbeiter, dass die Reform durch die Erweiterung der Möglichkeiten in der Landwirtschaft die Bauern begünstigt hat, worauf viele mit Missfallen (und natürlich auch mit Neid) reagierten. Der Gegensatz war schon dermaßen zugespitzt, dass der Hauptsekretär des Exekutivkomitees des Komitats Győr es für notwendig hielt, auf die Spannung zwischen den beiden Klassen aufmerksam zu machen: „Ich schlage vor, die unter die auf der 10. Seite aufgelisteten Probleme auch die immer schärfer werdende Spannung zwischen den Einkommen der Arbeiter und der Bauern aufzunehmen. Wir können die Erhöhung der Arbeiterlöhne durch Regelungen zwischen 3–4% halten, wir können jedoch das Einkommen der LPG-Bauern weniger unter Kontrolle halten. Im Moment sieht es auch so aus, dass das Einkommen der Arbeiter in unserem Komitat um 4%, während das Einkommen der LPG-Bauern im Vergleich zum Vorjahr um 16% gewachsen ist. Das führt zu einer immer schärfer werdenden Spannung, und viele von den Arbeitern werfen uns vor, in Sachen Einkommensverteilung eine bauernfreundliche Politik zu betreiben.“⁴¹

Unter den Parteiarbeitern waren zweifelsohne gewisse bauernfeindliche Gefühle und Vorurteile vorhanden. Man kann den Dokumenten entnehmen, dass sie die Dörfer für kulturell zurückgeblieben und aus ideologischer Hinsicht unzuverlässig hielten – oft auch nicht ohne Grund. Der Einfluss der Kirche war in den Dörfern im Vergleich zu den Städten oft viel stärker; dazu kam noch, dass sich die Kommunisten in den Siedlungen der Regionen der Kleinen Ungarischen Tiefebene keiner besonderen Beliebtheit erfreuten.⁴² Es gab aber auch andere Einwände gegen die Provinz: im Bericht über die pendelnden

40 Jelentés a párttagság ideológiai nevelésének eredményeiről, problémáiról, a feladatokról, i. m. 9.

41 GYML, X. 415/118/13, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. Feljegyzés ‚A párt tömegkapcsolata, a pártszervezetek és tömegszervezetek, tömegmozgalmak politikai vitája‘ című vita anyagáról, 3. 8. 12. 1971.

42 GYML, X. 415/121/2, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. A kispolgári szemlélet és magatartás megnyilvánulásai, az ellenük való harc tapasztalatai és a további feladatok, 9–10. 22. 12. 1972.

Mitarbeiter der Fabrik Rába MVG wird zum Beispiel festgestellt, dass sie schwerlich für freiwillige oder parteiliche Tätigkeiten zu gewinnen sind, denn sie brauchen ihre ganze Freizeit für die landwirtschaftlichen Arbeiten um ihr Haus herum auf.⁴³ Die Ansicht, dass die Arbeiterklasse politisch gesehen auf einem höheren Niveau steht als das Bauerntum, wurde nicht selten auch auf den Sitzungen der Exekutivkomitees vom Komitat Győr vertreten. Ein Mitglied des Exekutivkomitees meinte zur politischen Erziehung der Arbeiterschaft, dass die zurückgebliebenen Idealen „aus dem Dorf“ in die Fabriken transportiert werden.“⁴⁴ So konnte die wirtschaftliche Verstärkung des politisch als unzuverlässig betrachteten Bauerntums im Komitat ein besonders großes Missfallen wecken.

Die Arbeiter verurteilten im Komitat Győr nicht nur die Wirtschaftsreform negativ, sondern in der freieren politischen Atmosphäre kamen auch andere Widersprüche des existierenden Sozialismus zur Sprache. Auf einer Sitzung des Exekutivkomitees des Komitats wurde lange über die Umsetzungsmöglichkeiten der Betriebsdemokratie diskutiert. Aus der Debatte geht hervor, dass die Mehrheit die Betriebsdemokratie für reine Formalität hielt.⁴⁵ Die Leiter der Gewerkschaft fanden es bedenklich, dass den Arbeitern keine Möglichkeit zusteht, die Entscheidungen im Wesentlichen zu beeinflussen, obwohl es von ihnen erwartet wird, auf der Produktionsbesprechung die Pläne zusammen durchzusprechen. Im Bericht des Komitats über die Betriebsdemokratie wurde beispielsweise der Einwand formuliert, dass die Angestellten vielerorts nicht einmal eine vorangehende Information bekommen, so sind sie gar nicht in der Lage, auf der Planungsbesprechung zu der Diskussion vernünftig beizutragen: „So passiert es, dass die Mehrheit den Bericht zum ersten Mal hört, und kann nichts Vernünftiges zum Gehörten hinzufügen. *Es beeinträchtigt die Bedeutung der Besprechung, dass dem Kollektiv vielmals endgültige Pläne und Entscheidungen mitgeteilt werden.*“⁴⁶ Es wird nicht besprochen, welche Faktoren bei der Gestaltung der für das Unternehmen gesetzten Ziele berücksichtigt wurden. In gewissen Fällen kann die Passivität dadurch erklärt werden, dass die Mitarbeiter eventuelle Konsequenzen ihrer Beiträge befürchten. Sie kritisieren ihre direkten Vorgesetzten am Allgemeinen nicht. Es ist noch nicht allen Leitern bewusst geworden, dass

43 GYML, X. 415/204/4/3, Magyar Szocialista Munkáspárt (MSZMP) Magyar Vagon-és Gépgyári Végrehajtó Bizottsága. Jegyzőkönyv a Vagongyári Párt V. B. üléséről. A vidékről bejáró dolgozóink helyzete. 12. 9. 1980.

44 Jelentés a párttagság ideológiai nevelésének eredményeiről, problémáiról, a feladatokról, i. m. 21.

45 Lajos HÉTHY und Csaba MAKÓ fanden während der in der Fabrik Rába durchgeführten und schon zitierten Forschung, dass die Arbeiter allgemein nicht viel von der Betriebsdemokratie hielten. (HÉTHY, Lajos – MAKÓ, Csaba: *Az automatizáció és a munkástudat*, Budapest 1975). Im Fragebogen standen etliche Fragen, mit denen die Zufriedenheit mit der Partei, der Gewerkschaft, den Leitern, der Betriebshierarchie und der gesellschaftlichen Entfernung gemessen wurde. Interessanterweise dachten nur ein Drittel der Befragten so, dass die Leiter die Vorschläge und Vorstellungen der Arbeiter berücksichtigten, und weniger als ein Drittel glaubten daran, dass das Unternehmen sich um ihr Wohlbefinden kümmert. Von der gesellschaftlichen Entfernung bekommt man ein gemischtes Bild: die Hälfte der Arbeiter behauptete, mit den Leitern und Weißkragenarbeitern außerhalb des Betriebes keinen Kontakt zu pflegen. 10% der Arbeiter behaupteten, schon mal in der Wohnung eines Leiters gewesen zu sein. 80% meinten nicht, als Arbeiter herabgeschätzt zu werden, 20% hingegen behaupteten, schon irgendeine Form der Diskrimination erfahren zu haben. Mit der Gewerkschaft waren sie im Allgemeinen weniger zufrieden, als mit der Partei; das kann allerdings als eine politisch „taktische“ Antwort aufgefasst werden, besonders seitens der Parteimitglieder. Alles in allem wurde die Betriebsdemokratie ziemlich negativ beurteilt.

46 Hervorhebung – E. B.

die ihnen zugesicherten Rechte sie ermächtigen, die Macht der Arbeiter und nicht ihre eigene zu vertreten. Das verleiht der Leitung oft einen willkürlichen Charakter. Es hängt auch damit zusammen, dass die Leiter von den von ihnen geleiteten Mitarbeitern weniger abhängen. Das Niveau der verschiedenen demokratischen Foren erreicht in den meisten Fällen nicht den Grad, bei dem die Mitarbeiter die Leistung der Vorgesetzten bewerten, und die Beseitigung der Mängel ansprechen könnten. In vielen Fällen *kommt nicht einmal das der Gewerkschaft zugesicherte Mitspracherecht zur Geltung.*⁴⁷

Bei der Besprechung des Stoffes hat ein Mitglied des Exekutivkomitees zur Sprache gebracht, dass die Gewerkschaft einen schwachen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen hat, woraus auch ersichtlich ist, wie weit man zu dieser Zeit in der Kritikäußerung ging. Der Sarkasmus des Diskussionsteilnehmers verrät auf jeden Fall, dass die Schwäche (oder oft das Fehlen) der Durchsetzungskraft der Gewerkschaft allgemein bekannt war: „Die verschiedenen Studien zeigen, dass etwa 60–65% der Mitarbeiter empfinden, dass sie auf die Betriebsleitung keinen Einfluss nehmen können. Das gibt uns zu denken. Wie weit sind wir wohl tatsächlich in der Verwirklichung der Betriebsdemokratie vorangeschritten? Es taucht in den Unterlagen auch auf, dass sich die Besitzerattitüde der Mitarbeiter nicht erwartungsgemäß gestaltet hat, und daran sind auch die Parteiorganisationen und die Gewerkschaften schuld. Sie kamen zur Einsicht, dass die Mitarbeiter in Sachen Betriebsleitung wenige Mitsprachemöglichkeiten haben. Die Genossin, die vor mir sprach, hat gefragt, was für Mitsprachemöglichkeiten es gibt. Leider gibt es nicht viele. Nehmen wir zum Beispiel als Beispiel die Beurteilung der Titel ‚ausgezeichneter Mitarbeiter‘ und die ‚sozialistische Brigade‘. In unserem Komitat wurde der Titel ‚ausgezeichneter Mitarbeiter‘ an 5.225 Personen verliehen. Von den 5.225 gehören etwa 3.300 zum Arbeiterbestand. Aber in diesem Arbeiterbestand sind auch schon die technischen Mitarbeiter inbegriffen. Ich frage nun, zeigt das doch in der Tat, dass es wirklich Mitarbeiter sind, die über die Verleihung des Titels ‚ausgezeichneter Mitarbeiter‘ entscheiden? Oder wollen wir doch eher unsere Vorstellungen durchsetzen? So etwas kommt gar nicht vor, dass dem Produktionsrat gleichzeitig zwei oder drei Alternativen vorgelegt werden, damit die Mitarbeiter in der Tat die Gelegenheit haben, selbst zu wählen. Es taucht die Frage auf, wie sehr die Leiter von den Mitarbeitern abhängig sind. Unter Leitung verstehe ich Wirtschafts-, Partei- und Gewerkschaftsleitung. Liegt es an den Mitarbeitern, wie lange einer in führender Position bleibt? Nein, das liegt lauter an der Leitung. Wenn die Mitarbeiter in einem Bereich mit der Leistung des Leiters nicht zufrieden sind, führen sie ihre Meinung ganz vergebens an die Gewerkschaft vor. Wenn ein niedrigerer oder mittlerer Leiter sich traut, den Direktor zu kritisieren, kann er am nächsten Tag schon sein Arbeitsbuch holen. Die Genossen können einwenden, dass auch die Gewerkschaft das Recht hat, den Leiter zu kritisieren. Das ist aber auch nur ein formelles Recht der Gewerkschaft. *Solange es ein Ernennungssystem gibt, solange die Partei über die Anstellung der Leiter entscheidet, ist das Recht der Gewerkschaft nur formell.*⁴⁸

47 GYML, X. 415/134/1, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. Az üzemi demokrácia helyzete, az egyszemélyi vezetés érvényesülése és a továbbfejlesztés feladatai, 8–9. 29. 3. 1974. Hervorhebung – E. B.

48 Hervorhebung – E. B.

Wir könnten niemanden im Komitat nennen, der aus dem Grund eingestellt oder entlassen worden wäre, weil die Gewerkschaft eine andere Meinung vertrat, als das obere Organ.“⁴⁹ Der Diskussionsredner war so mutig, sich über den demokratischen Zentralismus lustig zu machen: „Als wir neulich über das Thema der inneren Umstrukturierung der Unternehmen diskutiert haben, wurde erwähnt, dass es keinen Sinn macht eine Entscheidung zu treffen, solange wir den Standpunkt des Ministeriums nicht kennen. Und wenn wir es schon kennen, wozu denn eine Entscheidung zu treffen?“⁵⁰

Die obigen Beispiele veranschaulichen sehr gut, dass es in dieser Zeit ein liberaler, kritischer Geist anwesend war, der auch auf den leitenden Foren der Partei zu beobachten war. Die Reform hatte eine Hardliner-Opposition, aber die gesellschaftliche Diskussion erfüllte die Erwartungen der Reformgegner nicht in jeder Hinsicht. Es ist auf jeden Fall bemerkenswert, dass eine wenn auch vorsichtige Kritik auf die parteigesteuerte Wirtschaft sogar auf den Sitzungen des Exekutivkomitees vorkommt, und sie gehen so weit, dass sie das Fehlen der demokratischen Kontrolle beanstanden. Die in den Parteidokumenten auftauchenden, im Vergleich zu den 1970-er Jahren häufigeren und schärferen Kritiken widerspiegeln eine echte Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Lage der Arbeiterschaft. Es reicht hier auf die Bemerkung des Berichtes aus dem Jahr 1972 hinzudeuten, dass manche Arbeiter meinen, dass sie nur auf die Arbeit ein Recht haben.

Im Lebensstandard zeigte sich die „leitende Rolle“ der Arbeiterschaft auch nicht, zumal die Arbeiter bei anderen Schichten die Zeichen des Reicherwerdens bemerkten. Die sich in der Landwirtschaft eröffnenden Möglichkeiten verschärften die Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse, beispielsweise zwischen den städtischen und pendelnden Arbeitern, die von den Städtern als „Bauern“ bezeichnet wurden. Diese spezielle Gruppe verrät viel über die Verzögerung der ungarischen Industrieentwicklung im Vergleich zum ostdeutschen Beispiel. Die Arbeiter empfanden, dass sie sich mit Recht verärgert fühlen, dass die Familien, die ihr Einkommen in der Landwirtschaft ergänzen, auf einem höheren Lebensstandard leben, als die aus der traditionellen bäuerlichen Gesellschaft „aufgestiegene“ städtische Arbeiterklasse. Diese Beschwerden zeigen schon das Umsichgreifen der in der offiziellen Ideologie als geldorientiert bezeichneten Denkweise. Vergebens argumentierten die glaubenstreuen Kommunisten damit, dass das Geld nicht glücklich macht. Die offizielle Ideologie konnte die Tatsache nicht verbergen, dass der gesellschaftliche Status der Menschen immer stärker vom Konsum bestimmt wird. Die Menschen konnten es so empfinden, dass all das im Gegensatz zu den offiziellen Losungen in der Tat zum „Wertverlust“ der Arbeiterklasse führte.

Schlussfolgerung

Aus den Quellen der Reformzeit ergibt es sich, dass die Partei zu dieser Zeit besonders viel Beachtung der Meinung und den Reaktionen der Arbeiter schenkte. In der Tat war das der letzte

49 Az üzemi demokrácia helyzete, az egyszemélyi vezetés érvényesülése és a továbbfejlesztés feladatai, i. m.

50 Ebenda, 15.

Fall, als die Parteizentrale eine Debatte über die leitende Rolle der Arbeiterklasse angeregt hat. Die Stimmungsberichte erzählten gewissenhaft, welche Meinungen auf den öffentlichen Foren zu diesem Thema geäußert wurden. „Mehrere Diskussionsbeiträge setzten sich mit der Frage der leitenden Rolle der Arbeiterklasse auseinander. In erster Linie ist die Aktivität der Arbeiter dadurch zu beeinflussen, dass man von ihnen ein Politikbewusstsein erfordert. Es ist nötig, dass die physische Arbeit mehr gesellschaftliche Anerkennung findet, und dass die Perspektiven einer Arbeiterkarriere aufgezeigt werden. Die Diskussionsbeiträge haben zugegeben, dass die Einbeziehung der Arbeiter in die parteilichen, staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen eine wichtige Anforderung ist, sie haben jedoch hervorgehoben, dass es nicht weniger wichtig ist, sie in die Lage zu versetzen, eine gewisse Funktion auszuüben, und sie darauf vorzubereiten.“⁵¹

Nachdem die Wirtschaftsreform so schlecht angekommen war, ging es der Partei offensichtlich darum, zu demonstrieren, dass sie dem Wohlbefinden der Arbeiter Beachtung schenkt, und sie beabsichtigt, weiterhin das Interesse der Arbeiter in ihrer Politik zu vertreten. Der Pakt mit den Arbeitern fungierte als Basis für den gesellschaftlichen Konsens; die Partei konnte es sich nicht erlauben, der Arbeiterschaft vor der Öffentlichkeit keine Zugeständnisse zu machen.

Die in den Berichten ungewöhnlich offene, reichlich dokumentierte Kritik verriet auch, dass sowohl die Partei, als auch die Arbeiter den Dialog ernst genommen haben, genauso wie die Parteileitung die zugunsten der Arbeiter gemachten Zugeständnisse ernst nahm. Mit einem modernen Wortgebrauch könnten man sagen, dass die Partei erstrebt hat, ihre Kommunikationsstrategie zu verbessern, und hat sich darum bemüht, die Arbeiter an diesem echten Gesellschaftsdialog teilhaben zu lassen. Dieser Versuch blieb nicht ohne Echo: die vielen Veranstaltungen, Berichte und kritischen Äußerungen zeugen davon, dass zu dieser Zeit noch viele daran geglaubt haben, dass die Partei in der Lage ist, das Gesellschaftsbündnis zu erneuern und dass sie ihre Vorschläge aus Verbesserungsabsicht gemacht haben. Zu dieser Zeit war der Gesellschaftsdialog mit der Arbeiterklasse noch möglich, wonach sich die Partei später vergebens strebte.

Der Dialog hielt aber nicht lange. Dass die kritische Öffentlichkeit zu ihrem Ende kam, zeigte sich ganz offensichtlich darin, dass der Dogmatismus im offiziellen Dialog die Oberhand gewann. Ab Mitte der 1970-er Jahre herrscht in den Berichten und in den Diskussionen der Parteikommissionen der Komitee wieder ein grauer Bürokratismus, was auch die ostdeutschen Parteiberichte zu langweiligen Lektüren macht.

Der Sieg der Dogmatiker erwies sich aber aus zweierlei Gründen als illusorisch. Der der industriellen Arbeiterschaft in Aussicht gestellte stetige Anstieg des Lebensstandards stand mit den Potentialen der Wirtschaft der sozialistischen Länder nicht im Verhältnis. Die der Arbeiterklasse gemachten Zugeständnisse zwangen die Regierung dazu, ihr Budget zu übersteigen und sich immer mehr zu verschulden.⁵² Was noch schlimmer ist: die allgemeine Enttäuschung über die offizielle Ideologie führte dazu, dass die Menschen

51 GYML, X. 415/12/20, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága, Apparátus iratai, Havi összefoglaló jelentések a kül- és belpolitikai eseményekről, a lakosság hangulatáról, i. m. 1975. január havi információs jelentés. A pártélet eseményei.

52 Vgl. FÖLDES, György: *Az eladósodás politikátörténete: 1957–1986*, Budapest 1995.

die Leistung des sozialistischen Systems nur am Anstieg des Konsums gemessen haben. Mit dem Rückfall der Reallöhne geriet auch die innere Legitimität des Systems in Gefahr. Außerdem hat das Versagen des gesellschaftlichen Dialogs bewiesen, dass sich die Regierung nicht an die neue gesellschaftliche Situation anpassen kann, und hat keine gültige Botschaft an die Arbeiterklasse. Die Parteiideologiker versäumten die Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, dass das Regime sein egalitäres Gesellschaftsprogramm nicht verwirklichen kann, und konnte die Überlegenheit der gemeinschaftlichen Werte über die Konsumgüter nicht überzeugend vertreten. In der Realität des Alltags konnte man gerade das Gegenteil dessen erfahren. In den Medien und in der Propaganda wurde zwar kommuniziert, dass der Lebensstandard im Sozialismus steigt, sie konnten aber nicht konkret nennen, worin dieser bessere Lebensstandard besteht. Der Sieg der Dogmatiker hat daher dem Verhältnis der Partei und der Arbeiterklasse geschadet, und trug zum allgemeinen Verlust der Glaubwürdigkeit der sozialistischen Ideologie bei.

(Übersetzt von Márta Szabady)

Referenzen

Győr Megyei Jogú Város Levéltára (GYML)

GYML, X. 415/12/20, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága, Apparátus iratai, Havi összefoglaló jelentések a kül- és belpolitikai eseményekről, a lakosság hangulatáról, i. m. 1975. január havi információs jelentés. A pártélet eseményei.

GYML, X. 415/117/7, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. A párt tömegkapcsolata, a pártszervezetek és tömegszervezetek, tömegmozgalmak politikai vitája, 7–8. 31. 8. 1971.

GYML, X. 415/118/13, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. Feljegyzés ‚A párt tömegkapcsolata, a pártszervezetek és tömegszervezetek, tömegmozgalmak politikai vitája‘ című vita anyagáról, 3. 8. 12. 1971.

GYML, X. 415/121/2, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. A kispolgári szemlélet és magatartás megnyilvánulásai, az ellenük való harc tapasztalatai és a további feladatok, 9–10. 22. 12. 1972.

GYML, X. 415/122/6, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. Jelentés a párttagság ideológiai nevelésének eredményeiről, problémáiról, a feladatokról, 8. 15. 8. 1972.

GYML, X. 415/124/12, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. A munkásosztály helyzetéről szóló KB. és megyei pártszervek határozatai végrehajtásának főbb tapasztalatai, 5. 25. 2. 1972.

GYML, X. 415/134/1, MSZMP Győr-Sopron Megyei Bizottsága. Pártbizottsági ülés jegyzőkönyve, napirendi anyagai. Az üzemi demokrácia helyzete, az egyszemélyi vezetés érvényesülése és a továbbfejlesztés feladatai, 8–9. 29. 3. 1974.

GYML, X. 415/204/4/3, Magyar Szocialista Munkáspárt (MSZMP) Magyar Vagon-és Gépgyári Végrehajtó Bizottsága. Jegyzőkönyv a Vagongyári Párt V. B. üléséről. A vidékről bejáró dolgozóink helyzete. 12. 9. 1980.

Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt (ThStA)

ThStA, Bezirksparteiarchiv der SED Gera, IV B-2/9/01/550. Material zur Einschätzung der politischen-ideologischen Situation unter der Bevölkerung des Bezirkes Gera, i. m.

ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera, IV B-4/13/79, Bericht, 19. 9. 1969.

ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera, IV B-4/13/79, Bericht, APO-Leitung, 19. 9. 1969.

ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera. Nr. IV B-4/13/079, Bericht der IKPKK (Industriekreis-partei Kontrollkommission), GDREH 1, 19. 9. 1969.

ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera. Nr. IV B-4/13/079, Bericht der IKPKK (Gen. Z, Ökonom), i. m.

ThStA, Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv der SED Gera, IV B-4/13/079, Protokoll der IKL-Sitzung, 15. und 18. 8. 1969, i. m.

ThStA, Bezirksparteiarchiv der SED Gera, IV C-2/6/441. Information über die Arbeitersprache in der Dreherei im Stahlwerk Silbitz am 12. 6. 1972, 209.

HÉTHY, Lajos – MAKÓ, Csaba: *Az automatizáció és a munkástudat*, Budapest 1975.

Jelentés a párttagság ideológiai nevelésének eredményeiről, problémáiról, a feladatokról, i. m. 9.

Jelentés a párttagság ideológiai nevelésének eredményeiről, problémáiról, a feladatokról, i. m. 21.

PITTAWAY, Mark: *The workers' state: industrial labor and the making of socialist Hungary, 1944–1958*, Pittsburgh 2012.

RAINER, János M. – VALUCH, Tibor (Hgg.): *Munkások '56. Évkönyv XXII.*, Budapest 2017.

RÉZLER, Gyula: *A magyar nagyipari munkásosztály kialakulása 1867–1914*, Budapest 1938.

RIESMAN, David: The Nylon War, in: *Abundance for what?: and other essays*, Garden City, NY 1964, 67.

Author

Dr. habil. Eszter Bartha PhD.

Bölcsészettudományi Kar, Eötvös Loránd Tudományegyetem

Faculty of Humanities, Eötvös Loránd University

Múzeum krt. 4, H-1088 Budapest, Hungary

barthaeszter@hotmail.com